2. Prüfungsergebnisse

2.1 Personalkostenkompensation, Zahlung eines Betrages von 147.057,27 € an der Verein zur Förderung der städtischen Jugendeinrichtungen in Sankt Augustin e.V.(FJSA)

2.1.2 Fazit

Dem FSJA wurde Anfang 2017 ein Betrag von 147.057,27 € zur Personalkostenkompensation auf Grundlage des Ratsbeschlusses vom 07.12.2016 bereitgestellt.

Die Überprüfung der Auszahlung im Rahmen der allgemeinen Visakontrolle führte zu der Feststellung, dass die Kompensationskosten für die Stelle des stellvertretenden Geschäftsführers sowie für einen Mitarbeiter, der zum Dezember 2017 in den Ruhestand geht, nicht der vertraglichen Regelung vom 07.04.2014 zwischen der Stadt Sankt Augustin und dem FJSA entsprechen.

Die Feststellung wurde der Verwaltung als Prüfvermerk mit Datum vom 09.01.2017 mitgeteilt. Die Verwaltung hat mit Schreiben vom 15.02.2017 die Feststellung, dass die Auszahlung nicht der vertraglichen Vereinbarung entspricht, anerkannt.

Am 03.04.2017 fand daraufhin mit dem FJSA ein Erörterungsgespräch beim Bürgermeister statt. Neben dem Bürgermeister und dem FJSA nahmen an dem Gespräch der Kämmerer, der Fachbereich 5, die örtliche Rechnungsprüfung, der Personalrat und die Politik teil.

Als Ergebnis wurde erreicht, dass ab 2018 wieder entsprechend dem bestehenden Vertrag verfahren wird. Eine Personalkostenkompensation soll nur noch in den Fällen, die vertraglich vorgesehen sind, z.B. langfristiger Erkrankung, Erziehungsurlaub, Stundenreduktion erfolgen. Eine Personalkostenkompensation für aus dem Dienst der Stadt Sankt Augustin ausscheidende Mitarbeiter erfolgt künftig nicht mehr, da die Nachbesetzung von der Stadt Sankt Augustin vorzunehmen ist und die Kosten von ihr zu tragen sind.

Insofern wird ab 2018 wieder entsprechend dem bestehenden Vertrag verfahren.

2.1.3 Ergebnisse im Einzelnen

Mit o.a. Kontierung wurden dem Verein zur Förderung der städtischen Jugendeinrichtungen in Sankt Augustin e.V. (FSJA) die Kosten der Personalkompensation für das Jahr 2017 auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 07.12.2016, in dem entsprechende außerplanmäßige Mittel bereitgestellt werden, erstattet.

Vor dem Hintergrund des Ratsbeschlusses wurde die Kontierung mitgezeichnet. Gleichwohl begegnete die Zahlung rechtlichen Bedenken, die in einer Prüfbeanstandung vom 9.01.2017 wie folgt dargelegt wurden:

Der Vertrag zwischen der Stadt Sankt Augustin und dem Verein zur Förderung der städtischen Jugendeinrichtungen in Sankt Augustin e.V. sieht in § 6 vor, dass dem Verein insgesamt 9 städtische Mitarbeiter zugewiesen werden, deren Rechtsstellung

durch die Zuweisung unberührt bleibt. Arbeitgeberin bleibt die Stadt, dem Bürgermeister obliegt die Befugnis zu arbeitsrechtlichen Maßnahmen.

Grundlage der jetzigen Zahlung ist § 5 Absatz 4 des o.g. Vertrages, nach dem dem Verein grundsätzlich die Personalkosten für die namentlich benannten zugewiesenen Stelleninhaber bereitgestellt werden, so dass bei einem Ausfall der Mitarbeiter in Zeiten, in denen sie trotz Zuweisung dem Verein nicht zur Verfügung stehen, z.B. aufgrund von langfristigen Erkrankungen, Erziehungsurlaub oder bei Reduzierung der Arbeitszeit von Voll- auf Teilzeit, die entsprechenden Kosten als sogenannte Personalkostenkompensation bereit gestellt werden.

Dadurch soll der FSJA in die Lage versetzt werden, die personellen Ausfälle z.B. durch zeitlich befristete Einstellung von Ersatzkräften zu kompensieren.

Die für 2017 berechneten und an den FSJA ausgezahlten Personalkosten beinhalten u.a. neben den Kosten für eine langfristig erkrankte Mitarbeiterin und der Stundenreduzierung weiterer Mitarbeiter/innen die Kosten für einen auf Dauer aus dem Arbeitsverhältnis mit der Stadt ausgeschiedenen Mitarbeiter, dem u.a. die stellvertretenden Geschäftsführung oblag, sowie die Kosten für die beabsichtigte Verrentung eines weiteren städtischen Mitarbeiters, dem Leiter des Abenteuerspielplatzes „Ankerplatz“.

Diese Kosten wurden für das gesamte Jahr 2017 ermittelt und laut Ratsbeschluss dem FSJA bereits zu Beginn des Jahres erstattet. Da die Kompensation dieses Personalausfalls in voller Höhe dem FSJA bereitgestellt wurde, wurde somit davon ausgegangen, dass keine (Ersatz-) Zuweisung dieser ausgeschiedenen Mitarbeiter in 2017 erfolgen wird.

Dies begegnete rechtlichen Bedenken:

Nach § 5 Absatz 4 des Vertrages werden dem Verein die Kosten für **namentlich** benannte zugewiesene Mitarbeiter bereitgestellt. Sowohl bei den zugrunde gelegten Personalkosten für den bereits in 2016 ausgeschiedenen Mitarbeiter sowie für den ab Dezember 2017 in den Ruhestand gehenden Mitarbeiter handelt es sich gerade nicht (mehr) um zugewiesene städtische Mitarbeiter, so dass deren Personalkosten hier nicht zugrunde zu legen und zu kompensieren sind.

Eine Regelung dahingehend, welcher personenunabhängige Personalkostenbestand zugrunde zu legen wäre, in der Form, dass die Entgeltgruppe oder Besoldungsgruppe der zugewiesenen Mitarbeiter/innen festgelegt worden wäre, beinhaltet der Vertrag gerade nicht.

Aus Sicht der örtlichen Rechnungsprüfung kann § 5 Absatz 4 des Vertrages nur für den Fall eines vorübergehenden Ausfalls des im entsprechenden Zeitraum tatsächlich zugewiesenen Personals gelten. Er greift mangels namentlicher Zuweisung der ausgeschiedenen städtischen Mitarbeiter bei einem dauerhaften Ausfall nicht.

Die Stadt ist aus § 6 des Vertrages vielmehr verpflichtet (und berechtigt), personelle Ressourcen durch Zuweisung von neun städtischen Mitarbeitern zu stellen und hat in

Form des Bürgermeisters als Dienstherr diesen gegenüber die entsprechenden Arbeitgeberrechte. Die Zuweisung erfolgt zunächst für die Dauer von 5 Jahren mit der Option der Verlängerung. Sie endet laut Vertrag bei Kündigung oder Auflösung des Vereins.

Eine Regelung, dass lediglich die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses namentlich benannten städtischen Mitarbeiter zugewiesen werden sollten und bei deren Ausscheiden der Verein die Stellen in eigener Zuständigkeit besetzt, lässt sich nicht dem Vertrag entnehmen.

Mit der Erstattung der Kosten an den FSJA legt die Stadt die Entscheidung über das eingesetzte Personal in die Hände des FSJA und gibt damit ihren Einfluss auf die personelle Ausstattung des FSJA und deren Qualifikation auf.

Die dargelegte Problematik ist bei der Entscheidung über den außerplanmäßigen Aufwand in der Ratssitzung vom 07.12.2016 nicht thematisiert worden. Aus Sicht der örtlichen Rechnungsprüfung wurde in fehlerhafter Weise von einer rechtlichen Pflicht zur Kompensation der Personalkosten für die ausgeschiedenen Mitarbeiter ausgegangen.

Tatsächlich wäre nach § 6 des Vertrages die Stadt verpflichtet gewesen, anstelle des ausgeschiedenen Mitarbeiters sowie des ab Dezember verrenteten Mitarbeiters (andere) städtische Mitarbeiter zuzuweisen.

Auch in der Sache stellte sich die Frage, ob diese Lesart des Vertrages tatsächlich so gewollt war. Sie führt konsequenter Weise dazu, dass Schritt für Schritt, jeweils bei Ausscheiden der entsprechenden städtischen Mitarbeiter, dem FSJA die Zuständigkeit über den Personaleinsatz abgetreten wird, bis dass am Ende, nach Ausscheiden des letzten zugewiesenen Mitarbeiters aus dem Dienste der Stadt Sankt Augustin, der FSJA wie ein eigenständiger, unabhängiger Dritter/ Jugendhilfeträger agiert.

Es wurde daher seitens der örtlichen Rechnungsprüfung darauf hingewiesen, dass der Vertrag entsprechend geändert werden sollte, wenn dies in dem nicht unwesentlichen Bereich der Jugendarbeit, der auch von dem persönlichen Engagement der agierenden Personen und deren fachlichen Kompetenz geprägt wird, tatsächlich so gewollt wäre.

Die Verwaltung hat mit Schreiben vom 15.02.2017 die Prüfbemerkung anerkannt. Am 03.04.2017 fand daraufhin mit dem FJSA ein Erörterungsgespräch beim Bürgermeister statt. Neben dem Bürgermeister und dem FJSA nahmen an dem Gespräch der Kämmerer, der Fachbereich 5, die örtliche Rechnungsprüfung, der Personalrat und die Politik teil.

Als Ergebnis wurde erreicht, dass zum 01.01.2018 zwei bewährte Halbtagskräfte des FSJA in ein Beschäftigungsverhältnis der Stadt übernommen und an den Verein abgeordnet werden. Die Stelle des ab Dezember 2017 in den Ruhestand ausscheidenden Mitarbeiters wird durch die Stadt ausgeschrieben und zum 01.01.2018 neu besetzt. Der entsprechende Mitarbeiter wird dann zum FJSA abgeordnet. Eine Perso-

nalkostenkompensation erfolgt für diese Stellen entsprechend ab 2018 nicht mehr, sondern ausschließlich in den Fällen, die vertraglich vorgesehen sind, z.B. langfristiger Erkrankung, Erziehungsurlaub, Stundenreduktion. Eine Personalkostenkompensation für aus dem Dienst der Stadt Sankt Augustin ausscheidende Mitarbeiter erfolgt künftig nicht.

Insofern wird ab 2018 wieder dem bestehenden Vertrag entsprechend verfahren.